

RM Homfeldt bittet die komplexen Themen getrennt voneinander zu besprechen, aus diesem Grund ändert er den Antrag dahingehend, die Wohnungsbaugenossenschaft zu streichen. Anschließend stellt er den Antrag der CDU-Fraktion ausführlich vor:

Ziel ist es Energie selbst zu produzieren und zu verkaufen. Für den Einzelnen oft nur schwer zu realisieren, da auch mit hohen Kosten verbunden. Mit der Gründung einer Energiegenossenschaft wird für die Bürger und die Stadt Schortens die Möglichkeit geschaffen, so viel Ertrag wie möglich zu erzielen.

BM Böhling unterstützt grundsätzlich das Vorhaben und ergänzt, dass die Gründung einer Energiegenossenschaft neben anderen Alternativen ein wichtiger Zukunftsbaustein und der Beginn der Diskussion ist.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, es ergeht als Änderungsantrag folgender Prüfauftrag an die Verwaltung.

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung beauftragt eine externe Firma mit der Prüfung der Rahmenbedingungen zur Gründung einer Energiegenossenschaft oder vergleichbarer Modelle und legt das Ergebnis vor.